

Aus der Bürgerschaft: Maritimes Erlebniszentrum bleibt umstritten – Politik kämpft um Landesmuseum

Die Bürger entscheiden über das „Tradi“

Fraktionen wollen eine Debatte mit den Rostockern über zukünftigen Standort / Antrag noch zu ungenau

Von Katharina Ahlers und Andreas Meyer

Stadthafen/Schmarl. Weil sich Stadtpolitik und Verwaltung seit Jahren nicht einigen können, sollen nun die Bürger entscheiden: Die Rostocker dürfen im Herbst 2017 – zeitgleich mit der Bundestagswahl – darüber abstimmen, wo das neue, bis zu 40 Millionen Euro teure Maritime Erlebniszentrum entstehen und wo das „Traditionsschiff“ künftig vor Anker gehen soll. In der Bürgerschaft zeichnet sich eine klare Mehrheit für einen Bürgerentscheid zu dem umstrittenen Thema ab. Linke, CDU und auch die UFR wollen durch das Bürgergervotum den „gordischen Knoten“ endlich durchschlagen. Offiziell soll das Begehren erst in vier Wochen beschlossen werden.

Hintergrund: Seit Wochen spitzt sich der Konflikt um das „Tradi“ und das geplante Multimedia-Museum rund um den Themen-Komplex Schiffsahrt immer weiter zu. Oberbürgermeister Roland Methling (UFR), CDU und UFR, aber auch die Industrie- und Handelskammer, der Unternehmerverband sowie Prominente aus Sport, Wirtschaft und Kultur wollen das neue Aushängeschild für Rostock im Stadthafen bauen. Sie kämpfen für die Pläne einer „Maritimen Meile“, die der Maritime Rat vorgelegt hat. Der Zusammenschluss von mehr als 2000 Ehrenamtlern aus rund 30 Vereinen will den Stadthafen zum neuen Tourismuszentrum machen und dort das maritime Erbe der Hansestadt präsentieren. SPD und Grüne hingegen kämpfen für einen anderen Standort – für den Iga-Park in Schmarl. Dort liegt seit Jahren das „Traditionsschiff“.

Die SPD war es auch, die auf eine schnelle Entscheidung zugunsten Schmarls drängt: Gestern sollte die Bürgerschaft auf Antrag der Sozialdemokraten eine Machbarkeitsstudie für das Maritime Erlebniszentrum in Schmarl in Auftrag geben – und damit alle Pläne für den Stadthafen ad acta legen. Doch dieser Beschluss war Linken, CDU und UFR zu einseitig. Weil aber auch nach wochenlangen Gesprächen keine Einigung in Sicht war, soll nun ein Bürgerentscheid her.

Linken-Chefin Eva-Maria Kröger hatte ein Votum schon vor Wochen ins Gespräch gebracht, CDU-Kreischef Daniel Peters und Fraktionschef Berthold Majerus machten nun Nägel mit Köpfen: „Wir miszen den gordischen Knoten durchschlagen. Das wird der Bürgerschaft aber nicht gelingen“, so Peters. „Deshalb brauchen wir den Bürgerentscheid. Die Rostocker sollen über eines der wichtigsten Vor-



Iga-Park oder Stadthalen: Nun könnten bald die Bürger entscheiden, wo das Traditionsschiff zukünftig anlegen soll. Fotos: Ove Arscholl (2), OZ-Archiv (2)

haben der Stadt direkt entscheiden – und sowohl die Bürgerschaft als auch die Verwaltung haben sich dann an das Votum zu halten.“ In der Dezember-Sitzung soll die Entscheidung für den Bürgerentscheid fallen, bis Februar soll die Stadtverwaltung dann die rechtlichen und formellen Grundlagen schaffen. „Und dann wird im Herbst abgestimmt, wo das Maritime Zentrum gebaut werden soll und wo das ‚Tradi‘ vor Anker ge-

hen wird.“ Eigentlich sollte der Entscheidung schon gestern auf den Weg gebracht werden, auf Bitten der SPD wurde der Antrag aber noch mal um vier Wochen vertagt: „Auf einen Monat kommt es jetzt auch nicht mehr an“, sagt Linken-Chefin Eva-Maria Kröger. „Ich bin für den Entscheid, aber ich erwarte auch, dass die SPD sich klar positioniert. Wenn sie dafür angeblich noch vier Wochen Zeit brauchen, ist das so.“ Steffen Wandschneider

betont, dass sich die SPD einer Debatte mit Bürgern nicht verschließen möchte. „Zuvor muss aber noch einiges abgeklärt werden“, sagt der Fraktionsvorsitzende. „Seit vielen Jahren wird darüber diskutiert – ich verstehe die plötzliche Dringlichkeit nicht.“ So seien beispielsweise noch juristische Fragen offen.

„Außerdem muss über die Kosten und Flächen für die Abstimmung gesprochen werden“, sagt

Grünen-Chef Uwe Flachsmeier, der ebenfalls für eine Vertagung stimmte. „Eine Möglichkeit ist, das zeitgleich zur Bundestagswahl 2017 durchzuführen. Aber es muss auch über andere Alternativen gesprochen werden.“ Grundsätzlich stimmt Flachsmeier dem Antrag jedoch zu. „Selbstverständlich ist es wichtig, die Bürger zu fragen“, sagt er. „Aber man muss das nicht überstürzen. 2013 ist schon einmal ein Bürgerbegehren gescheitert.“

●● Eine Entscheidung der Rostocker wäre ein verbindlicher Auftrag für die Stadtverwaltung.“



Berthold Friedrich Majerus, CDU

●● Eine Möglichkeit ist, das zeitgleich zur Bundestagswahl 2017 durchzuführen.“



Uwe Flachsmeier, Bündnis 90/Die Grünen

●● Seit vielen Jahren wird darüber diskutiert – ich verstehe die Dringlichkeit nicht.“



Steffen Wandschneider, SPD

●● Ich bin für den Entscheid, aber ich erwarte auch, dass die SPD sich klar positioniert.“



Eva-Maria Kröger, Die Linke

Bürgerschaft für Archäologisches Landesmuseum in Rostock

Stadtmittel. Die August-Bebel-Straße 1 in Rostock ist der ideale Standort für das Archäologische Landesmuseum – darüber sind sich die Fraktionen der Bürgerschaft einig. Ein entsprechender Antrag der SPD sorgte gestern dennoch für Diskussion. „Natürlich sind wir für das Museum“, sagt UFR-Vorsitzender Malte Philipp. „Dennoch können wir das nicht entscheiden.“ Zuständig sei der Landtag. „Dem Land ist unser Wunsch bekannt, der Oberbürgermeister hat sich klar für Rostock als Standort positioniert“, betont Linken-Chefin Eva-Maria Kröger.

„Auf Landesebene scheint aber die CDU Bedenken zu haben. Daran wird unser Antrag nichts ändern.“ Dennoch schlossen sich die Fraktionen dem Antrag an. „Es ist wichtig zu zeigen, dass wir hinter dem Vorhaben stehen und den Bürgermeister unterstützen“, sagt CDU-Chef Berthold Majerus.

Oberbürgermeister Roland Methling (UFR) begrüßt das. „Wir sind die einzige große Stadt in MV, die kein vom Land gefordertes Museum hat“, sagt er. „Wir haben uns konsequent dafür eingesetzt und müssen Einstimmigkeit zeigen.“